

An  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
Dr. Gerhard Obermayr

über Amt 16, im Hause

Wiesbaden, 17. November 2022

Ergänzungsantrag der Rathausfraktion CDU und FDP zu TO I TOP 5 „22-F-63-0120 Wiesbaden als Verwaltungs- und Wirtschaftsstandort für die Zukunft sichern“ der Stadtverordnetenversammlung am 17. November 2022

Als Landeshauptstadt ist Wiesbaden mit seiner Ministerialverwaltung und Landesbehörden ein wichtiger Verwaltungsstandort, der darüber hinaus mit dem Statistischen Bundesamt und dem Bundeskriminalamt große und auch bekannte Bundesbehörden umfasst. Diese leisten einen wichtigen Beitrag zur Kaufkraft in der Stadt und stellen eine Vielzahl an Arbeitsplätzen bereit. Damit tragen sie ebenso wie ansässige Wirtschaftsunternehmen dazu bei, den Standort Wiesbaden zu stärken und Entwicklungschancen für die Stadt zu sichern. Die Kommune profitiert direkt durch die Einnahmen aus der Gewerbesteuer sowie aus dem Gemeindeanteil der Einkommensteuer, da ein erheblicher Teil der Beschäftigten auch in Wiesbaden wohnt. Bestehende Behörden und Unternehmen sollen daher möglichst in der Stadt gehalten werden, dafür gilt es die Voraussetzungen zu schaffen. Eine Ansiedlung auch europäischer und internationaler Einrichtungen ist wünschenswert.

Wohnen, Gewerbe und Behörden konkurrieren jedoch gleichermaßen um die knappen freien Flächen in der Stadt. Bundeskriminalamt und Landespolizei wünschen sich neue, möglichst zentralisierte Standorte in der Stadt, bestehende Unternehmen brauchen Flächen zur Betriebserweiterung und es erreichen die Stadt Anfragen zwecks der Neuansiedlung. Gleichzeitig kann sich aus der möglichst zentralisierten und flächenoptimierten Unterbringung von Behörden der Zugriff auf Konversionsflächen zu Gunsten von Wohnen und Gewerbe ergeben – hier gilt es Chancen und Herausforderungen frühzeitig zu bewerten und Folgenutzungen zu diskutieren.

Darüber hinaus gilt es geeignete Instrumente zur besseren Steuerung von Ansiedlungswünschen zu entwickeln und kurzfristig ein Gesamtüberblick zu Flächenverfügbarkeiten und -bedarfen von Gewerbe und Behörden zu schaffen, auch um eine gute Grundlage für die Fortschreibung des Flächennutzungsplans und eine Schärfung des Standortprofils zu erhalten.

Für eine erfolgreiche Ansiedlungspolitik von Gewerbe und Behördenstandorten braucht es auch eine zuverlässige Verortung der verfügbaren Flächen. Die Attraktivität der Erreichbarkeit spielt bei Standortentscheidungen ebenso eine wesentliche Rolle, wie die Anbindung an übergeordnete Infrastruktur. Daher ist es notwendig, neben weiteren Alternativflächen, zwingend mit konkreten Flächenvorschlägen an künftige Arbeitgeber in der LHW heranzutreten.



**CDU** RATHAUSFRAKTION  
WIESBADEN



**Freie  
Demokraten**  
FDP im Rathaus

*Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:*

- I. Die Stadtverordnetenversammlung betrachtet die Mischung aus Wirtschaftsunternehmen und Behörden der verschiedenen staatlichen Ebenen als wesentliches Markenzeichen Wiesbadens und sieht darin einen zentralen Beitrag für den Wirtschaftsstandort sowie einen attraktiven Arbeitsmarkt. Neben bestehenden Wirtschaftsunternehmen gilt es auch, vorhandene Verwaltungseinrichtungen in Wiesbaden zu halten.
- II. Der Magistrat wird gebeten,
  - 1) im Rahmen der Fortschreibung des FNP neben der Ausweisung von Wohn- und Gewerbeflächen auch die Sicherung von vorhandenen Behörden, gerade auch in Hinblick auf die Entwicklung der SEM „Ostfeld“, zu berücksichtigen.
  - 2) zu diesem Zweck ebenso mit ansässigen Unternehmen wie mit öffentlichen Einrichtungen in Wiesbaden unmittelbar Gespräche über etwaige Standortbedarfe für den Erhalt und ggf. notwendige Erweiterungen aufzunehmen.
  - 3) sich darüber hinaus aktiv um die Ansiedlung europäischer und internationaler Institutionen und Unternehmen in Wiesbaden zu bemühen, um das Standortprofil Wiesbadens zu stärken.
  - 4) zur Sicherung der Einheiten der Landespolizei (der Hessische Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit, der Bereitschaftspolizei und des technischen Polizeipräsidiums) einen Letter of Intent mit dem Land abzuschließen. Dieser soll die grundsätzliche Bereitschaft beinhalten, dem Land unter Umwelt- und Klimagesichtspunkten geeignete Flächen bereitzustellen. Das Land ist dabei aufgefordert, die notwendigen Flächenbedarfe zu optimieren und möglichst gering zu halten. Von einem möglichst zentralisierten Neubau wird darüber hinaus erwartet, dass dieser mit Blick auf den Energiebedarf und -erzeugung eine Vorbildfunktion für ein klimaneutrales Bauen der öffentlichen Hand erfüllt.
  - 5) neben der bereits laufenden und unter Umwelt- und Klimagesichtspunkten zu vertiefenden Prüfung der Perspektivfläche West als Wohn-, Gewerbe- und Verwaltungsstandort alternative Flächen für eine flächenoptimierte, klimaneutrale und zeitnahe Unterbringung der Landespolizeibehörden zu prüfen. Insbesondere ist hier als möglicher alternativer Standort für die Zusammenlegung der Landespolizeibehörden neben dem Petersweg Ost zwingend auch das Ostfeld zu berücksichtigen. Durch die Planung eines zusammenhängenden Standortes mit dem Bundeskriminalamt im Ostfeld können Synergieeffekte genutzt werden.
  - 6) um kurzfristig einen besseren Einblick in aktuell verfügbare Flächen, Nutzungs- und Ansiedlungswünsche (bewertet nach Flächenbedarf und Qualitätsparametern) zu gewinnen, umgehend eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung des Liegenschaftsamts, des Stadtplanungsamts, der SEG, der Wirtschaftsförderung und des Umweltamts einzuberufen und zeitnah den Gremien zu berichten.
  - 7) um mittelfristig mehr Transparenz in Bezug auf Flächenpotenziale, Leerstände und Nachverdichtungspotenziale zu schaffen, die Einführung eines digitalen Tools zu prüfen, das Daten zu diesen verschiedenen Aspekten zusammenführt und ein besseres Matching von Angebot und Nachfrage ermöglicht;

8) konkretisiert darzulegen, welche städtischen Entwicklungschancen und -herausforderungen sich durch die Zusammenführung der drei Standorte der Landespolizeibehörden sowie des Bundeskriminalamtes als Konversionsfläche für Wohnen und Gewerbe ergeben. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die Eigentumsverhältnisse und Größe der Grundstücke sowie Vorgaben aus den jeweiligen Bebauungsplänen.

9) da in Wiesbaden dringend weitere Gewerbeflächen benötigt werden, bereits jetzt zusätzliche Gewerbeflächen in der Nähe des Ostfelds zu planen (bspw. Industrie - Gewerbegebiet B2, südlich Deponiehügel). Dies gilt umso mehr, wenn die Landespolizeibehörden in das Gewerbegebiet Petersweg verlegt werden sollten.

Daniela Georgi  
Fraktionsvorsitzende  
CDU-Fraktion

Christian Diers  
Fraktionsvorsitzender  
FDP-Fraktion

Daniel Butschan  
Fraktionsgeschäftsführer  
CDU-Fraktion

Jeanette-Christine Wild  
Fraktionsgeschäftsführerin  
FDP-Fraktion